Trump: Hände weg von Venezuela und Lateinamerika!

Von Büro der Vierten Internationale | 05.11.2025

Wirtschaftliche Erpressung und Drohungen gegen Brasilien, Kolumbien, Mexiko und Argentinien sind Teil einer neuen Phase in der US-Politik gegenüber Lateinamerika. Die größte Gefahr droht jedoch Venezuela: Die Regierung Trump ist entschlossen, die venezolanische Regierung zu stürzen. Die Entsendung von 10.000 Soldaten und eines gigantischen Waffenarsenals in die Karibik sowie Angriffe, bei denen bereits über 60 Personen auf dem Meer ermordet worden sind, bedrohen nicht nur Venezuela, sondern die gesamte Region. Es ist die dringende Pflicht von Aktivist:innen auf der ganzen Welt, ihre Stimme zu erheben und gegen den Interventionismus der USA unter Trump zu mobilisieren.

Beispielloser Militäreinsatz in der Karibik

Das zentrale Ziel der US-Offensive ist zweifellos Venezuela. Mit beispielloser Schärfe und Dreistigkeit haben der imperialistische Führer und sein Außenminister Marco Rubio und sein Kriegsminister Peter Hegseth bereits erklärt, kriminelle Drogenkartelle seien „terroristische Organisationen“, Maduro als den Kopf eines nicht existierenden Kartells (des Soles-Kartells) hingestellt und eine Belohnung von 50 Millionen Dollar für Informationen ausgesetzt, die zur Festnahme des Venezolaners führen.

Am bedrohlichsten ist jedoch, dass sie etwa 10.000 Marines in die Karibik entsandt haben, zusammen mit Flugzeugträgern (den größten ihrer Marine), Torpedobooten und Atom-U-Booten, Kriegsschiffen mit Mittelstreckenraketen, B-52-Bombern und der technischen Kapazität für groß angelegte Datenanalysen – ein Manöver, das von Fachleuten als „seismic realignment“ (seismische Neuausrichtung) bezeichnet wird. Puerto Rico ist remilitarisiert worden, militärische Kooperationsabkommen mit karibischen Ländern sind genutzt worden, um eine militärische Infrastruktur aufzubauen, die einem groß angelegten Angriff auf das Land vorauszugehen scheint, das Schauplatz der großen bolivarischen Revolution war. In den beiden letzten Monaten haben diese Streitkräfte sieben Angriffe auf Menschen auf Booten (mutmaßliche Schmuggler) durchgeführt, bei denen über 60 Menschen getötet worden sind.

Am 15. Oktober hat Trump eine Maßnahme verkündet, für die es selbst im Kalten Krieg keinen Präzedenzfall gibt (Operationen der Central Intelligence Agency waren geheim): Er habe die CIA zu Operationen in Venezuela ermächtigt. Laut *Washington Post* hat der Präsident ein Dokument unterzeichnet, das die CIA zu verdeckten Operationen im Ausland ermächtigt, die von der geheimen Informationsbeschaffung über die Ausbildung oppositioneller Guerillakräfte bis hin zur Durchführung von tödlichen Angriffe reichen.

Am Sonntag, den 19. Oktober, ist die Situation weiter eskaliert, als US-Streitkräfte einen tödlichen Angriff auf ein Schiff durchführten, das angeblich der kolumbianischen Gruppierung Ejército de Liberación Nacional (ELN) gehört und sich in den Gewässern des Pazifischen Ozeans befand. Als Reaktion auf den berechtigten Protest von Gustavo Petro beleidigte Trump den kolumbianischen Präsidenten als „drug trafficker" und Chef einer „schwachen und sehr schlechten Regierung" und drohte wie üblich mit Zöllen und Mittelkürzungen, während er gleichzeitig die US-Visa von Petro, seiner Familie und seinen Berater:innen widerrief. Während Petro den kolumbianischen Botschafter aus Washington abberief, erklärte Trump auf einer Pressekonferenz – als Antwort auf die Frage eines Journalisten –, für seine Operationen gegen den Drogenhandel in Gewässern, die er als seine betrachtet, benötige er keine Kriegserklärung. „We go there and we kill them."

Trumps Spitzenberater:innen drängen ihn dazu, in Venezuela einzumarschieren, um Maduro zu stürzen, wie in den USA offen spekuliert wird. Natürlich ist die Verleihung des Friedensnobelpreises an die rechtsextreme venezolanische Politikerin María Corina Machado (wäre es nicht ernst, wäre das einer der schlechtesten Witze unserer Zeit) Teil eines bewussten Plans, um eine Alternative zu Maduro entsprechend der Sichtweise der Falken stärken. Die Trump-Regierung scheint einen Übergang zu einer rechtsextremen Regierung unter der Führung von Edmundo González Urrutia und María Corina, die bereits Sanktionen gegen Venezuela gefordert hat, zu erzwingen, ohne sich um die Auswirkungen auf die verarmte Bevölkerung zu kümmern, sie überlässt das Schicksal der Nation nun den Stiefeln der Yankee-Soldaten.

Es mag unwahrscheinlich erscheinen, dass die USA Länder, deren Regierungen sie der Komplizenschaft im Drogenhandel bezichtigen wie Venezuela, Kolumbien oder auch Mexiko, auf dem Landweg angreifen. Eine längere Bodeninvasion würde auf starken Widerstand der Streitkräfte unter Maduros Kommando stoßen,

möglicherweise mit breiter Unterstützung und Sympathie in der Region, was einen erneuten und näheren bei den USA liegenden Irak bedeuten würde. Der Eintritt in einen Krieg dieser Größenordnung stünde im Widerspruch zu Trumps Rhetorik gegenüber seinem heimischen Publikum, dem er versprochen hat, „die Kriege zu beenden“. Darüber hinaus gibt es Anzeichen für Widerstand gegen eine solche Lösung seitens des Oberkommandos des US-Militärs, eines ist der vorzeitige Rücktritt von Admiral Alvin Hosley, des Chefs des Southern Military Command, am 16. Oktober gewesen.

Auf jeden Fall gebietet es die Vorsicht, die Möglichkeit eines kriegstreiberischen „Wahnsinns“ seitens des neofaschistischen Führers nicht auszuschließen. Zumindest könnte er entsprechend seiner Rhetorik auf Angriffe mit Drohnen oder Flugzeugen auf bestimmte Ziele in Venezuela setzen, um fortgesetzt zu versuchen, die venezolanische Regierung zu schwächen.

Eine Rückkehr in die Vergangenheit

Seit den ersten Tagen seiner Rückkehr in das Oval Office des Weißen Hauses hat Donald Trump, von seinen neofaschistischen Falken ermutigt, Mexiko durch Zoll, Polizei und Militär unter starken Druck gesetzt, damit die Regierung von Präsidentin Sheinbaum den Strom der Migrant:innen an der Grenze stoppt und lokale Drogenkartelle bekämpft. CIA-Drohnen fliegen über mexikanisches Gebiet, angeblich auf der Suche nach Kokain und anderen Drogenlabors.

Indem er 50 % Zölle auf brasilianische Exporte in die USA verhängte und eine Handelsuntersuchung gegen Brasiliens zaghafte Politik zur Beschränkung US-amerikanischer Big-Tech-Unternehmen einleitete, hat Trump sich in die Innenpolitik von Brasilien eingemischt, um seinen Freund Bolsonaro zu verteidigen (der wegen versuchten Staatsstreichs verurteilt worden ist). Nicht einmal Argentinien, das von seinem Kumpel Javier Milei regiert wird, entgeht Drohungen und Erpressung: Mitte Oktober kommentierte Trump einen neuen Kredit des IWF in Höhe von 20 Milliarden US-Dollar an das Land und machte seine weitere Unterstützung für den südamerikanischen neofaschistischen Libertären von einem Sieg der Partei von Milei bei den Parlamentswahlen am 26. Oktober abhängig, bei denen es um die Möglichkeit geht, dass die neofaschistische Koalition des Präsidenten endlich die Kontrolle über den Kongress übernimmt (die Chancen dafür sind gering). „Wenn [Milei] verliert, werden wir zu Argentinien nicht großzügig sein“, sagte Trump und mischte sich

damit unverhohlen in eine Angelegenheit ein, die ausschließlich in die Zuständigkeit des argentinischen Volkes fällt. Dieser Vorfall deutet auf eine Normalisierung der Rhetorik und Praxis der direkten Einmischung der US-Regierung in die inneren politischen Angelegenheiten souveräner Staaten hin. (Trumps Schritt war anscheinend einer der Faktoren, die den Wahlsieg der Regierung von Milei erklären.)

Die Kombination aus Gesten, strafender Rhetorik und enormem Aufmarsch von Militär stellt einen Angriff auf die lateinamerikanischen Nachbarn dar, wie es ihn seit der Invasion Grenadas 1982 nicht mehr gegeben hat. Vor dem Hintergrund der tiefgreifenden Veränderungen, die das Weiße Haus von Trump für die globalen Machtverhältnisse bedeutet, wie sie seit acht Jahrzehnten bestehen, vollzieht die US-Politik gegenüber Lateinamerika eine Wende hin zu der interventionistischen Vergangenheit mit militärischer Aggression und offener politischer Einmischung, die bereits während des Kalten Krieges das Verhalten der imperialistischen Macht gegenüber dem gesamten Süden geprägt hatte.

Ein Aufruf zu internationaler antiimperialistischer Solidarität

Die Anschuldigung, Maduro und hochrangige venezolanische Regierungsbeamte seien Mitglieder von Kartellen, ist zwar ein Fall von dümmlichen „fakenews“, soll aber die Verletzung des Prinzips der Selbstbestimmung der Völker und der territorialen Souveränität Venezuelas rechtfertigen. In der Region findet eine beispiellose kriegstreiberische Offensive statt, die von Sozialist:innen, Aktivist:innen der sozialen Bewegungen und progressiven Kräften entschieden zurückgewiesen werden muss, unabhängig davon, was sie bzw. wir über die Regierung von Nicolás Maduro, ihre arbeiterfeindliche und gegen das Volk gerichtete Politik und ihre antidemokratische Entwicklung denken.

Es ist an der Zeit, die demokratischen, antikolonialen, progressiven und revolutionären Kräfte der Welt und insbesondere der Region aufzurufen, die territoriale Integrität Venezuelas, der karibischen Länder und ganz Lateinamerikas gegen Versuche militärischer oder politischer Interventionen zu verteidigen, d. h. gegen Versuche, den politischen Kurs von souveränen Ländern „von oben und außen“ (sprich: im Oval Office) zu bestimmen. Es ist Sache des venezolanischen Volks, ohne jegliche Einmischung über seine Regierung zu

entscheiden. Es ist Sache der souveränen Völker Lateinamerikas und aller Teile der Welt, über ihre Tyrannen, ihre Parlamente und die Prozesse in ihren Justizsystemen zu entscheiden.

Wir müssen verlangen, dass insbesondere die Regierungen von Lula, Petro, Boric und Sheinbaum sich mit aller Kraft und konsequent gegen jede Möglichkeit militärischer Aggression und politischer Intervention gegen Venezuela einsetzen. Es ist positiv, dass Lula sich als „Vermittler“ anbietet, wie er es bei seinem Treffen mit Trump getan hat. Aber alle diese Regierungen müssen vehement und auch wiederholt jede US-Initiative gegen Venezuela ablehnen.

Die Solidarität der Vierten Internationale mit Venezuela schließt die Forderung ein, dass Maduro die politischen Freiheiten für die soziale Bewegungen, die Linke und die arbeitenden Menschen in Venezuela wiederherstellt. Zusammen mit der legitimen Mobilisierung des Volkes ist dies der Weg, um eine echte nationale und regionale Einheit gegen die imperialistische Aggression aufzubauen. Nur die breiteste Einheit in der Aktion kann die anhaltende Aggression eindämmen, ihr Widerstand entgegensetzen und die angelaufene Aggression zum Scheitern bringen.

US-Truppen und -Waffen raus aus der Karibik!

Keine Bombenangriffe mehr!

Für die Entmilitarisierung von Puerto Rico jetzt!

Yankees, Hände weg von Venezuela und ganz Lateinamerika!

---

27. Oktober 2025

Quelle: Webseite der Vierten Internationale
Aus dem Kastilischen und Englischen übersetzt von W.